

# DIE ORDNUNG DER GESELLSCHAFT ALS ZAHLUNGSWIRTSCHAFT

*Heinz-Peter Spahn*

## ***Summary: The Order of Society as a Payment Economy***

Money performs two basic functions in a decentralized market system. From a microeconomic point of view, problems of mutual low information and trust in the exchange of resources can be eluded by using spot transfers in terms of a generally accepted means of payment. The use of money thus evolves as a substitute for a fragile network of interpersonal and intertemporal creditor-debtor relations, and insofar helps to eliminate the time dimension from economic processes. Money serves as a "language" of economic communication, and manages an exclusive transfer of private property rights. From a social point of view, money is a transparent bookkeeping device which indicates that market agents do not exceed their budget constraint when acquiring resources; as money is supposed to act as an impartial arbiter when distributing market income, the impression of a "fair trade" might support social stability of the market system. Money essentially represents the cornerstone of a specific order where economic behaviour is basically guided by "investment" strategies denominated in pure nominal quantities. The popular saying of a "decoupling" of financial markets therefore comprises the illusion that "real" economic motives could control the working of a monetary economy.

## **1. Was ist Wirtschaft?**

In der Wissenschaft, die der deutsche Volksmund seit je her und immerdar als Nationalökonomie bezeichnet, ist alles, was bestimmt sein sollte, unbestimmt: sogar der Gegenstand, mit dem sie sich beschäftigt.

*Werner Sombart (1929, S. 1)*

In der Zeit, als es den Sozialismus noch gab, wurde zuweilen noch rückgefragt, welche Art Wirtschaftssystem gemeint sei, wenn von "der Wirtschaft" die Rede war. Diese Differenzierung ist nun unnötig geworden. Der globalisierte Kapitalismus läßt nationale Unterschiede scheinbar nur noch im Hinblick auf Wohlstand und Effizienz zu; auch staatliche Institutionen und Regulierungen sind weltweit auf dem Prüfstand und haben ihre Angemessenheit vor den Erfordernissen "des" Marktes unter Beweis zu stellen.

Gegen die als uniform empfundene Übermacht des ökonomischen Prinzips regt sich politisch-moralischer Widerstand. Die "Gier des Marktes" wird beklagt, der die liebgewonnene Konstellation von Vollbeschäftigung und sozialer Sicherung aushöhle (Koch 1995) – ohne daß freilich eine analytische Auseinandersetzung mit der These der Marktbefürworter geleistet würde, wonach der Wohlfahrtsstaat anreiztheoretisch inkompatibel zum Beschäftigungssystem ist. Der Neoliberalismus wird als "Kapitalismus ohne menschliches Antlitz" entlarvt (Chomsky 2000) – die dabei monierte Instrumentalisierung staatlicher Stellen für die Verlustabdeckung und Markterschließung im Interesse von Großunternehmen widerspricht allerdings gerade dem neoliberalen Dogma. Wenn im übrigen nun entdeckt wird, daß dem Marktsystem

ein "menschliches Antlitz" fehlt, so kann dies nur demjenigen neu sein, der zuvor soziale Harmoniebedürfnisse auf dieses System projiziert hat; in Wahrheit hat nicht "die Wirtschaft" solches versprochen, sondern Vertreter bestimmter gesellschaftspolitischer Konzeptionen, die der Marktwirtschaft oft diese oder jene ideologische Verbrämung andichteten.

Ein klassisches Beispiel ist die Metapher vom "Dritten Weg": die sozialromantische Idee einer Wirtschaftsordnung zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Diese Idee wurde zunächst ansatzweise in der nationalsozialistischen Ära verwirklicht gesehen, interessanterweise sowohl von sozialkritisch eingestellten Ökonomen wie Erich Preiser als auch von liberalen Vertretern wie Eucken und Müller-Armack, die diese Denkfigur dann nach dem Krieg unter den Schlagworten "Ordo" und "Soziale Marktwirtschaft" popularisierten (vgl. Blesgen 2000, S. 13 ff., 81; Abelshauser 1991). Der Markt als Vehikel eines "Dritten Weges" wurde später auf jeder Stufe des Verfalls sozialistischer Wirtschaften beschworen, wohl in der Hoffnung, den unliebsamen Begleiterscheinungen kapitalistischer Geldwirtschaften entgehen zu können.

Angesichts der spektakulären Entwicklungen auf den Kapital- und Devisenmärkten ist es aber vor allem die finanzielle Seite des Wirtschaftsgeschehens, die die Aufmerksamkeit kritischer, mehr oder weniger fachkundiger Beobachter erregt hat. Der generelle Topos vieler Beiträge ist die diagnostizierte "Abkoppelung" der Finanzmärkte von ihrer realwirtschaftlichen Basis. Der "Casino-Kapitalismus" erscheint als Entartung der Marktwirtschaft (Altvater 1992, S. 143 ff.), woraus man auf die immanenten Entwicklungsrisiken dieser Wirtschaftsordnung schließen mag und/oder institutionelle Vorkehrungen zum Schutz der Produktionssphäre vor den Eigensinnigkeiten und Übertreibungen der Finanzmärkte fordert, damit eben die "eigentliche" Wirtschaft ihren (den ihr zugeschriebenen) versorgungs- und beschäftigungspolitischen Aufgaben nachgehen könne.

Die vorstehend skizzierten Diskussionsfragmente deuten an, daß die aufklärerisch tätigen Marktkritiker eine Vorstellung davon haben, was eine Wirtschaft ist, wie sie aussehen und was sie leisten solle – jedoch ist zu fragen, wie groß die normative Freiheit der Sozialwissenschaftler bei der Definition ihres Erkenntnisobjekts sein kann. Sombart (1929) beklagte vor 70 Jahren die sich nach dem Ende des deutschen Methodenstreits durchsetzende Tendenz, Wirtschaft als die abstrakte Menge formal-rationalen Verhaltens zu definieren, anstatt eine "ganzheitliche" Erfassung der gesellschaftlichen Bereiche Produktion, Handel, Konsum etc. anzustreben. Praktisch gab es bei jedem Paradigmenwechsel in der Geschichte der Nationalökonomie eine neue Sichtweise wirtschaftlicher Zusammenhänge; diese reflektierte den Erkenntnisstand der Ökonomen über die wesentlichen Funktionsmechanismen des Marktsystems – also seine Gleichgewichtsstruktur<sup>1</sup> –, zum Teil aber auch gesellschaftliche Interessen im Hinblick auf seine politische Steuerung.

---

<sup>1</sup> Der explizite Hinweis auf die erkenntnistheoretisch zentrale Rolle der – mathematisch gesprochen – Gleichgewichtslösung eines Systems ist deshalb angebracht, weil Ungleichgewichte, Krisen, Chaos, Störungen, Instabilitäten etc. immer nur vor dem Hintergrund des Gleichgewichts, als Abweichung von der Norm(alität), aussagefähige Phänomene darstellen, keinesfalls jedoch für sich genommen ausreichen, um den Charakter eines Systems analytisch zu beschreiben.

Es war stets umstritten, ob Geld nun zum "harten Kern" einer Marktwirtschaft gehört oder nicht. In der merkantilistischen Ära hätte man diese Frage wohl bejaht; in den nachfolgenden Schulen der Klassik und Neoklassik erschien das Geld aber eher als Schleier über den wesentlichen realwirtschaftlichen Zusammenhängen; der Keynesianismus gilt als (Wieder-) Entdecker einer eigenständigen Rolle des Geldes; und der moderne Monetarismus liefert auf den ersten Blick eine Art Synthese, da er mit der Quantitätstheorie auf der historisch frühesten Theorie über den Zusammenhang von Geld und Nominaleinkommen basiert, klare Kriterien für eine auf Preisstabilität bedachte Geldpolitik formuliert, im übrigen jedoch die klassische Norm einer realwirtschaftlichen Neutralität des Geldes vertritt.

Aber man muß sich hüten, dieses wechselhafte Bild als Ausdruck eines Gewinnens und Verdrängens von Erkenntnissen zu interpretieren. Denn schon die Antwort auf die Frage, woran die Zugehörigkeit eines Elements zum harten Kern eines Systems zu messen sei, ist durchaus offen. Aus dieser Perspektive wird auch die beanspruchte Kompetenz des Keynesianismus in monetären Fragen zweifelhaft: Die verschiedenen keynesianischen Theorieströmungen eint im Grunde der Gedanke, die Existenz von Geld zerstöre die Kohärenz der Ökonomie; Arbeitslosigkeit, finanzielle Instabilität und Unsicherheit seien der Ausdruck der so entstandenen pathologischen Marktkonstellation (Minsky 1980; Altvater 1992, S. 105 ff.). Der Keynesianismus schreibt der *Existenz* des Geldes bestimmte wohlfahrtsschädliche Folgen zu, läßt jedoch die Frage offen, warum überhaupt Geld verwendet wird. Eben damit leistet er der erwähnten populären Vorstellung Vorschub, man solle und könne die Ebene der finanziellen Beziehungen von der "wirklichen" Wirtschaft abtrennen oder zumindest in wohlfahrtsförderlicher Weise kontrollieren.

Auf der anderen Seite hat die klassische Schule durchaus eine Erklärung für die Verwendung von Geld: Es gilt als ein Medium, das den Gütertausch erleichtere. Aber diese Funktion erscheint dieser Schule nicht als "wesentlich" (Geld bleibt neutral), so daß zentrale theoretische und wirtschaftspolitische Fragen unter Rekurs auf das Modell einer reinen Güterwirtschaft beantwortet werden.

Was ist Wirtschaft? Eine rein inhaltliche Antwort, die auf Tätigkeiten und Vorgänge wie Arbeit, Produktion und Konsum abstellt, ist wenig ergiebig, weil diese Phänomene in höchst unterschiedlichen Systemen wie Robinsonaden, Stammesgesellschaften, Plan- und Marktwirtschaften zu beobachten sind. Also ist die *Form* des Wirtschaftens entscheidend. Diese Form kann angesichts der Komplexität des Gegenstands nur mittels eines theoretischen *Bildes* verstanden werden. Insoweit ist "Wirklichkeit" stets eine mehr oder weniger schmutzige Abweichung vom theoretischen Modell. Im Grunde hat jedes Paradigma der Nationalökonomie ein solches Bild einer Volkswirtschaft, das als Referenzsystem beim Verständnis empirischer Erfahrungen fungiert.

Es herrscht auch keine Einigkeit darüber, ob es *einen* Basisansatz gibt, der alle theoretischen Schulen als Spezialfälle enthält, oder ob diese Schulen gänzlich unterschiedliche und möglicherweise miteinander unverträgliche Bilder des Wirtschaftens zeigen. Die neoklassi-

sche Definition ist jedoch hinlänglich allgemein und für vielfältige Erörterungen offen. Danach wird Wirtschaften dadurch beschrieben, daß

- \* Individuen über in ihrem Besitz befindliche Ressourcen frei disponieren,
- \* dabei eine Zielfunktion verfolgen, die ihr subjektives Wohlbefinden mit der Nutzung von Ressourcen verknüpft,
- \* und mit anderen Individuen freiwillige Vereinbarungen zur wechselseitigen Verbesserung ihrer subjektiven Lage treffen können.

Über einige Aspekte dieses Szenarios sind langwierige und nutzlose Kontroversen geführt worden (vgl. Hahn 1980). *Irgendeine* Verteilung der Erstausrüstung mit physischen Ressourcen, zu denen auch menschliche Fähigkeiten gehören, muß als gegeben angenommen werden (die Verteilung von Markteinkommen ist damit in keiner Weise prädestiniert). Die Nutzung der Ressourcen schließt neben dem Eigenverbrauch und dem Tausch auch die Möglichkeit der *Produktion* ein. Wenn die Gesellschaft eine Art Rechtssystem ausgebildet hat, gehört neben dem bloßen Besitz auch eine Verteilung von *Eigentumsrechten* zur Beschreibung der Ausgangslage (vgl. Richter 1993; Heinsohn/Steiger 2000).

Die Redeweise, daß sich Ökonomie mit dem wirtschaftlichen Verhalten des Menschen beschäftige, hat in Zusammenhang mit den vorstehenden axiomatischen Modellbausteinen das Mißverständnis befördert, insbesondere die Neoklassik baue auf einem Menschenbild des "homo oeconomicus" auf, der in mechanisch-rationaler Weise formalen Gewinnmaximierungskalkülen folge. In Wahrheit hat die ökonomische Theorie jedoch kein bestimmtes Menschenbild i.S. einer verhaltenswissenschaftlichen Perspektive; die "neuen Erkenntnisse" aus dem Bereich der Psychologie, die immer wieder gern gegen neoklassische Wahlhandlungs- und Entscheidungstheorien ins Feld geführt werden, haben diesen Optimierungsansätzen denn auch nicht den Boden entzogen. Die oben angesprochene Zielfunktion läßt sich mit weitgehend *beliebigen* Inhalten füllen; die konkrete Erforschung der menschlichen Verhaltensweisen i.e.S. ist eigentlich nicht Gegenstand der ökonomischen Theorie, sondern der empirischen Sozialforschung.

Die Volkswirtschaftslehre handelt nicht "vom Menschen"; sie ist auch nur insoweit Sozialwissenschaft, als es um die systemtheoretische Erklärung der Selbstorganisation und Leistungsfähigkeit einer nicht zentral geplanten Volkswirtschaft geht. Die Akteure, die die ökonomischen Theorien bevölkern, sind lediglich Kunstfiguren, geschaffen, um die Modelle in Bewegung zu bringen; und die Erklärungsschwächen dieser Theorien – die Arbeitslosigkeit, die ungleiche Wohlstandsverteilung in der Welt, die Bewegung der Wechselkurse u.a.m. – haben zu allerletzt etwas mit der unterstellten Verhaltensannahme einer Nutzenmaximierung zu tun. Offen ist hier jedoch der soziale oder institutionelle Mechanismus, der eine "wirtschaftliche" Ebene des Gesellschaftslebens ausdifferenziert und die Koordination individueller Entscheidungen trägt.

Im folgenden wird zunächst betont, daß hinter der Aufzählung bestimmter Geldfunktionen das zentrale gesellschaftliche Organisationsproblem der Herstellung einer Kompatibilität

und Kohärenz individueller Handlungen in einer dezentralen Wirtschaftsordnung gesehen werden muß. Geld löst fundamentale Informationsprobleme in "low-trust societies" und stellt als Zahlungsmittel ein Substitut für ein sonst notwendiges Netz intertemporaler und instabiler Gläubiger-Schuldner-Beziehungen dar. Aus der einzelwirtschaftlichen Abwicklung wirtschaftlicher Interaktion mittels einer geldlichen Sprache entsteht gesellschaftlich ein besonderer Typus einer Wirtschaftsordnung, in der Interessenkonflikte stellvertretend über das Medium Geld ausgetragen werden. Die Redeweise von einer "Entkoppelung" führt insofern in die Irre, als Wirtschaften in einer Geldökonomie im Kern immer in der Verfolgung nominaler Vermögenshaltungsstrategien besteht; die Durchführung von Produktionsprozessen ist dabei nur eine mögliche Anlageform. Die Form des Wirtschaftens prägt ihren Inhalt.

## 2. Das Problem der Organisation gesellschaftlicher Interaktion

Die wirkliche Frage ist: Macht das bürgerliche Austauschsystem selbst nicht ein spezifisches Austauschinstrument nötig? Schafft es nicht notwendig ein besonderes Äquivalent für alle Werte? [...] Es zeigt sich, daß Gold und Silber keine Waren wie die anderen sind und die moderne Ökonomie sich plötzlich und mit Schrecken temporär immer wieder bei den Vorurteilen des Merkantilsystems ankommen sieht.

Karl Marx (1857/58, S. 46 f.)

Heiner Ganßmann hat jüngst die These vertreten, "daß das grundsätzliche Paradigma der Wirtschaftstheorie für die Gelderklärung kategorial unterausgestattet ist" (2000, S. 506). Sein Argument ist, daß Geld nur in einem sozialen Bezugsrahmen wechselseitig anerkannter Konventionen und Regeln "funktioniert", die offenbar eher von der Soziologie erfaßt werden könnten. Aber die ökonomische Theorie berücksichtigt durchaus Konventionen, Normen und Regeln nicht nur passiv als Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, sondern bemüht sich zunehmend auch um eine Erklärung ihrer Genese aus dem Marktprozeß: Die Individuen erkennen den hohen ökonomischen Wert dieser Kollektivgüter und sind u.U. trotz der Free-Rider-Problematik bereit, einen Beitrag zur Sicherstellung ihres Angebots zu leisten. Dies war gerade in der Geldgeschichte häufig zu beobachten (vgl. Spahn 2001, S. 69 f.). Die analytische und historische Entstehung von Geld ist durchaus mit Hilfe der Wirtschaftstheorie nachvollziehbar. Jedoch erweist es sich dabei als nützlich, soziologische Kategorien in ihrer ökonomischen Tragweite zu würdigen und in ökonomische Begriffe umzusetzen.

Die dem Geld üblicherweise zugeschriebenen Funktionen des Rechen-, Tausch- und Wertaufbewahrungsmittels benennen nur oberflächliche Aspekte des zu lösenden gesellschaftlichen Koordinationsproblems. Ein *Rechenmittel* wäre selbst dann erforderlich, wenn die Individuen autark wirtschafteten. So müßte Robinson überlegen, wie lange er in Anbetracht des erwarteten Genusses gefangener und zubereiteter Fische angeln möchte. Das Kal-

kulationsmedium ist hierbei der subjektive Nutzen: der Vergleich von Arbeitsleid und Konsumgenuß. Komplizierter wird es bei Arbeitsteilung. Die Entscheidung etwa, eine Angel selbst zu basteln oder gegen Abgabe einer bestimmten Anzahl Fische einzutauschen, verlangt auf Seiten beider Marktpartner einen Vergleich der Tauschrate mit den jeweils berührten Arbeitszeit-, Produktivitäts- und Konsumeffekten.

In diesem Zusammenhang entwickelte die klassische Ökonomie die Idee der Arbeitszeit als Wertmaß. Der Wertstandard kann aber auch ein reines Zählgut, ein "numéraire" sein, das selbst physisch nicht zu existieren braucht. Drückt man die Werte der Güter in einem gemeinsamen Standard aus, so verringern sich die Informationskosten, da bei  $n$  Gütern statt der  $(n^2 - n)/2$  relativen Preise nur noch  $n$  absolute Geldpreise zu beachten sind. Ohne die gemeinsame "Sprache" eines einheitlichen Wertstandards ist ein effizientes Wirtschaften kaum möglich. "The efficiency of this language in performing this vital coordination role depends crucially on whether the unit of account always means the same thing to different individuals both at one and the same moment in time and over time" (Issing 1999, S. 10; vgl. Smith 1786, S. 36 ff., 59 ff.).

Die (vielleicht lediglich intuitive) Verwendung eines Rechenmittels ist letztlich nur die Implikation eines zielorientierten Verhaltens der Wirtschaftssubjekte. Ein *Tauschmittel* erfüllt die davon unabhängige Funktion einer Vereinfachung von Tauschaktionen, da im Regelfall zwei aufeinander treffende Marktteilnehmer nicht genau diejenigen Güter in der Menge abgeben möchten, die jeweils der Tauschpartner nachfragt. Zur Lösung dieses Problems einer mangelnden "coincidence of wants" hatten sich schon die Merkantilisten das Geld als ein haltbares, teilbares und leicht zugängliches Medium ausgedacht, das allgemein die Transaktionskosten senkt – das ist der bis heute in der Ökonomie dominierende Ansatz der Gelderklärung (Law 1720, S. 13 ff.; Smith 1786, S. 28 ff.; Menger 1909). Man beachte, daß die häufig als Geldeigenschaft genannte Knappheit für sich genommen offenbar keineswegs tauscherleichternd ist.

Daß Geld zur *Wertaufbewahrung* geeignet sein soll, ist zunächst in einem trivialen Sinne eine Voraussetzung für seine Tauschmitteleigenschaft, damit Kaufkraft zwischen verschiedenen Märkten, insbesondere im Zeitablauf, transportiert werden kann. Eine darüber hinausgehende Wertaufbewahrungsfunktion ist aber nicht plausibel, da es für diesen Zweck meist besser geeignete, weil (höher) verzinsliche Medien gibt. Diese Geldfunktion wurde denn auch erst von Keynes betont, der auf eine Geldhaltung in Zeiten subjektiv empfundener Zukunftsunsicherheit hinwies, wobei eine Art Sicherheitsprämie an die Stelle des pekuniären Ertrags tritt.<sup>2</sup> Nun mag es sein, daß ein "Safe-Heaven-Effekt" zu einem Drang ins Geld führt, wenn es

---

<sup>2</sup> "It is a recognised characteristic of money as a store of wealth that it is barren; whereas practically every other form of storing wealth yields some interest or profit. Why should anyone outside a lunatic asylum wish to use money as a store of wealth? Because, partly on reasonable and partly on instinctive grounds, our desire to hold money as a store of wealth is a barometer of the degree of our distrust of our own calculations and conventions concerning the future. [...] The possession of actual money lulls our disquietude; and the premium which we require to make us part with money is the measure of the degree of our disquietude" (Keynes 1937, S. 115

denn existiert (obwohl durchaus unklar ist, warum gerade Geld das sicherste Aktivum sein soll); aber es ist schwer einzusehen, wie und warum im Markt eine einheitliche Vorstellung über ein unsicherheitsminderndes Medium entstehen und praktisch umgesetzt werden kann.

Die Vielzahl der offenen Fragen, aufgrund derer Geld als das "letzte Rätsel der Nationalökonomie" bezeichnet wurde (Riese 1995a), rühren nicht zuletzt daher, daß mit Beginn der neoklassischen Ära um 1870 für knapp 100 Jahre ein theoretisches Bild im Hintergrund der Forschung stand, das in nahezu vollkommener Weise die Norm eines geldlosen Wirtschaftens i.S. einer Disposition über reale Ressourcen ausdrückte. Es war dies die kühne Idee von Walras, als Ideal einer gesellschaftlichen Organisation von Wirtschaft einen großen Auktionsmarkt zu etablieren. Hier sollten gleichgewichtige Tauschrelationen für alle gegenwärtigen *und* künftigen Angebots- und Nachfragepläne berechnet und festgesetzt werden; im späteren Zeitablauf würden dann nur noch die bereits fixierten wechselseitigen Güterlieferungen erfolgen. Natürlich ist dieses Modell nicht nur unrealistisch, sondern vor allem auch anti-evolutionär. Die Zukunft ist in Form von Wahrscheinlichkeiten bekannt, so daß für alle denkbaren und möglichen Weltzustände bereits in der Gegenwart (bedingte) Kontrakte abgeschlossen werden können. "Die Annahme, daß für jeden Umweltzustand Gegenwartsmärkte existieren, bewirkt eine Verlegung der Zukunft in die Gegenwart" (Hahn 1980, S. 165).

Aber die an Walras anknüpfende Allgemeine Gleichgewichtstheorie thematisiert einen volkswirtschaftlich wichtigen Gedanken: Wie können individuelle Wirtschaftspläne koordiniert werden, so daß die Märkte geräumt werden und jedes Wirtschaftssubjekt "innerhalb seiner Budgetbeschränkung bleibt", d.h. nur soviel an Güterwert dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß entnimmt, wie er selbst an Leistungen hineingibt? Nur über als fair empfundene bilaterale Wirtschaftsbeziehungen wird ein Verteilungsmodus auch gesellschaftliche Akzeptanz finden. Schumpeter drückte diesen Zusammenhang so aus, daß alle individuellen Transaktionen gleichsam in einem "sozialen Hauptbuch" verzeichnet seien; die Allgemeine Gleichgewichtstheorie beschreibt insoweit nicht eine bloße "barter economy", sondern eine "accounting economy", in der "each agent could be trusted to take out of the economy, in value terms, exactly what he put in" (Gale 1982, S. 186; vgl. Schumpeter 1970, S. 206 ff.; Heering 1999, S. 113 n.).

Der walrasianische Auktionator und Schumpeters soziale Buchhaltung sind beides Metaphern, die für die ökonomisch notwendige Herstellung einer gesellschaftlichen Kompatibilität und Kohärenz individueller Aktivitäten stehen. Eine praktische, institutionelle Entsprechung in der Marktwirtschaft haben sie unmittelbar jedoch nicht. Es liegt deshalb nahe anzunehmen, daß die gesellschaftliche Einbindung privaten Wirtschaftens und die "Verbuchung" individueller Leistungen durch das Geld bewirkt wird. Man stelle sich zwei Robinsons vor, deren einziger Kontakt in gelegentlichen wechselseitigen Essenseinladungen besteht. Jeder möchte die Arbeit des Kochens vermeiden, und da sie alt und vergeßlich geworden sind, entsteht immer wieder Streit darüber, wer als nächster einladen muß – bis sie auf die Idee kommen, einen

kleinen Stein grün anzumalen und jeweils dem Gastgeber mitzubringen, was diesen dann später berechtigt, gegen Übergabe des Steins seinerseits eine Mahlzeit zu empfangen.<sup>3</sup>

Die ordnungstheoretische Rolle des Geldes ist von Seiten der ökonomischen Theorie nicht immer deutlich gesehen worden. Die bloße Betrachtung des Geldes als tauscherleichterndes Medium greift zu kurz, weil die Frage nach der Herstellung des Marktgleichgewichts dabei ausgespart bleibt und suggeriert wird, daß die Marktinteraktion notfalls auch ohne Geld stattfinden könnte; nicht ohne Grund hat es jedoch reine Tauschwirtschaften niemals gegeben.

Deutlich wird dieser analytische Mangel bei der Gelderfassung auch bei den in monetären Fragen gemeinhin hochgelobten Merkantilisten. Law etwa begründet die Vorteilhaftigkeit des Geldes beim Gütertausch bezeichnenderweise noch damit, daß das hierzu verwendete Silber überall den gleichen Wert habe. Dabei mißt er den Geldwert ganz offenbar in Gütereinheiten, und nicht – wie für eine Geldwirtschaft angemessen – die Güterpreise in Geldeinheiten. Das "Gesetz des einheitlichen Preises", das die Geldpreise homogener Güter annähert, ein *Ergebnis* des geldwirtschaftlichen Wettbewerbs, erscheint ihm (in der inversen Form gleicher Güterpreise des Geldes) als ein glücklicher Umstand, der überhaupt erst die Geldverwendung motiviere.<sup>4</sup>

Marx hingegen sieht die gesellschaftliche Koordinationsfunktion des Geldes in seiner Werttheorie deutlicher. Waren sind dann Produkt "gesellschaftlicher Arbeit" und erhalten somit definitionsgemäß "Wert", wenn sie den technologischen Möglichkeiten und zahlungsfähigen Bedürfnissen entsprechend produziert wurden. Ein individuelles Marktangebot, "private Arbeit", ist nicht per se Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Die Eigenschaft der Ware, Träger von Wert zu sein, ist kein Apriori, sondern ergibt sich erst aus dem Marktprozeß. "Es wird nicht ausgegangen von der Arbeit der Individuen als gemeinschaftlicher, sondern umgekehrt von besondern Arbeiten [...], die sich erst im Austauschprozeß durch Aufhebung ihres ursprünglichen Charakters als allgemeine gesellschaftliche Arbeit beweisen. Die allgemein gesellschaftliche Arbeit ist daher nicht fertige Voraussetzung, sondern werdendes Resultat" (Marx 1859, S. 42).

Es muß folglich in jedem Einzelfall praktisch entschieden werden, ob und in welchem Umfang privat verausgabte Arbeit als gesellschaftlich notwendig anerkannt wird. Das verlangt, daß das Maß der Gesellschaftlichkeit selbst eine praktisch erfahrbare, dingliche Existenz annehmen muß. Das ist das Geld, als Inkarnation und sichtbar gewordener Ausdruck der gesellschaftlichen Arbeit. "Das Geld, die gemeinsame Form, worin sich alle Waren als Tauschwerte verwandeln, die allgemeine Ware, muß selbst als eine besondere Ware neben den anderen existieren, da sie nicht nur im Kopf an ihm gemessen, sondern im wirklichen

---

<sup>3</sup> Diese von Ostroy und Starr (1990) geschilderte Episode läßt auch die Gepflogenheit von Gastgeschenken in der zivilisierten Welt in neuem Licht erscheinen.

<sup>4</sup> Vgl. Law 1720, S. 14 ff. Einen haarsträubenden Denkfehler leistet sich Law (1720, S. 96) auch seinem Vorschlag, zusätzliches Geld gegen Bodensicherheiten zu emittieren: Der Boden sei als Deckung deshalb geeignet, weil sein Wert wegen seines *gegebenen physischen* Bestandes besonders stabil sei!



Austausch gegen es ausgetauscht und eingewechselt werden müssen" (Marx 1857/58, S. 82).

Die Gemeinsamkeit aller Privatarbeiten im Gleichgewicht, nämlich Teil der gesellschaftlichen Arbeit zu sein, nimmt als "Wert an sich" im Geld eine besondere Gestalt an. Ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis stellt sich "als ein außer den Individuen vorhandener Gegenstand" dar (Marx 1859, S. 45; vgl. Marx 1857/58, S. 46 f., 60). In formaler Hinsicht erfüllt also das Geld in der Marxschen Werttheorie eine zur Figur des Auktionators analoge Rolle: Transaktionen gegen Geld stellen Gleichgewichtstransaktionen dar. Das Geld stellt den gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen dezentral agierenden Wirtschaftssubjekten her. Theorien, bei denen diese Aufgabe durch die fiktive Instanz eines Auktionators erfüllt wird, haben nicht zuletzt deshalb für das Geld keinen rechten Platz mehr in ihrem System.

Mit seiner Wertformanalyse setzt sich Marx von der Ansicht der übrigen Klassiker, nichts sei unwichtiger als Geld, ab. Geld ist nicht – wie bei Smith oder in der modernen Geldtheorie – ein "pfiffig ausgedachtes Auskunftsmittel" zur Verminderung der Transaktionskosten beim Tausch von Gebrauchswerten. Vielmehr verleiht der Besitz von Geld eine Verfügungsgewalt über Güter, weil es selbst Wert ist. Als "geronnener Wert" ermöglicht Geld das Halten und die Sicherung von Vermögen in abstrakter Form, d.h. ohne die Intention einer Umwandlung gegen konkrete Güter zu einem bestimmten Zeitpunkt, und die Aneignung von Ressourcen zu jedem Zeitpunkt.

Aber Marx entzieht der systemtheoretisch gedachten Rolle des Geldes sogleich wieder den Boden, indem er darauf insistiert, daß Geld ebenfalls ein Produkt gesellschaftlicher Arbeit sein müsse. Geld sei ein Gut, das zugleich abstrakte und konkrete Arbeit verkörpere. Geld entstehe eben nicht durch Konvention, sondern aus dem Tausch. Damit sind es letztlich aber wieder die physischen Eigenschaften, die eine bestimmte Ware mit der Geldfunktion auszeichnen – ein Prozeß, dessen Ergebnis (eigentlich entgegen der Marxschen Intention) nun doch von den alternativen Transaktionskosten bei den verschiedenen, möglichen Geldwaren abhängt (vgl. Marx 1857/58, S. 83; Marx 1859, S. 45 ff.). Damit bleibt auch bei Marx offen, wie sich die gesellschaftliche Geldfunktion als praktisches Erfordernis in der Marktinteraktion durchsetzt.

### 3. Geld als soziale Treuhandinstanz

Wer etwas schuldet, der ist entweder bankrott oder *muß* zahlen, solange ein Schilling im Lande ist. Wer aber kauft oder kaufen möchte, *muß Geld haben*, oder er kann nichts kaufen, denn wenn er auf Kredit kauft, fällt er sofort unter die vorhergehende Kategorie, und *muß* zahlen.

James Steuart (1770, S. 497)

Gibt man das Konstrukt einer allumfassenden walrasianischen Auktion auf und läßt Kontrakte zwischen den Akteuren zu jedem Zeitpunkt zu, so ändern sich ihre Budgetrestriktionen bei je-

dem Schritt dieser "Sequenzökonomie". Zwar bliebe die hypothetische Möglichkeit, daß die Individuen bilateral Tauschraten und entsprechende Lieferungen vereinbaren. Viele potentielle Markttransaktionen kämen jedoch nicht zustande, weil unklar ist, welche Gegenleistung für die Abgabe von Gütern und Diensten vereinbart werden könnte. Die Tauschwirtschaft begründet in Wahrheit eine *Verpflichtungsökonomie*: Der Empfänger von Gütern wird offensichtlich zunächst zum *Schuldner*. Diese Schuld könnte er zwar möglicherweise durch eigene Lieferungen von Gütern und Diensten umgehend begleichen. Wegen des mangelnden "double coincidence of wants" wird jedoch der *Gläubiger* an einer derartigen sofortigen Güterleistung im Regelfall direkt wenig interessiert sein.

Allenfalls würde er einen Schuldschein des Käufers, eine Forderung auf spätere oder jederzeitige Güterlieferung, akzeptieren, weil dies seine zeitliche Dispositionsfreiheit über die Güterverfügung erhöht (man sieht hier bereits, daß eine *Option* auf Güter im Markt häufig wertvoller als die direkte Verfügung ist). Der Schuldschein könnte insbesondere dann angenommen werden, wenn zu erwarten wäre, daß man ihn bei eigenen späteren Käufen bei Dritten zur Begleichung von Verpflichtungen verwenden könnte. Der wenig beachtete Klassiker Henry Dunning Macleod sah 1855 in einem solchen Schuldschein die Grundform des Geldes. Danach ist Geld "nothing more than the evidence of services having been rendered for which an equivalent has not been received, but can at any time be demanded" (zit. n. Skaggs 1997, S. 111). Allgemeiner formuliert: "Money must be defined in terms of debt" (Hawtrey 1930, S. 545).

Offen bleibt dabei jedoch nicht nur die Frage, wie aus der Vielzahl der heterogenen Schuldscheine eine einheitliche Währung hervorgehen soll; der potentielle Gläubiger eines bilateralen Kontrakts kann vor allem prinzipiell nicht sicher sein, daß der Schuldner bei Fälligkeit liefern wird. Geht man realistischerweise von unvollkommener Information über die gegenwärtige und zukünftige wirtschaftliche Lage des Schuldners aus und berücksichtigt zudem, daß alle Marktakteure mehr oder weniger von einem Eigennutzstreben geprägt sind, so ist das Risiko groß, daß ein Schuldner entweder nicht in der Lage oder nicht willens sein wird, seiner Leistungspflicht nachzukommen. Auch Macleod sah, daß die Qualität der Schuldscheine als Zahlungsmittel von der allgemeinen Erwartung über die Lieferfähigkeit und Solvenz ihrer Aussteller abhängt; insbesondere bei einer übermäßigen Emission würden Zweifel an ihrer Einlösbarkeit entstehen. "Es ist keineswegs einzusehen, daß der homo oeconomicus auf Arglist, Betrug, Täuschung und Schwindel verzichten wird, wenn dies zu seinem Vorteil ist" (Heinemann 1990, S. 308; vgl. Skaggs 1997, S. 111 f.).

Das Problem eines mangelnden gegenseitigen Vertrauens der Marktakteure, das der Annahme von Schuldscheinen im Wege steht und das Zustandekommen vor allem intertemporaler Transaktionen behindert, ist nur bei rein bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, an denen beide Marktseiten ein langfristiges Interesse haben, weniger gravierend: Der Informationsgrad ist in diesem Fall relativ hoch und der Schuldner würde bei Nichterfüllung seiner Verpflichtungen sich selbst schaden, weil dies zu einem Abbruch der Geschäftsbeziehungen führen

wird. Schwieriger erscheint dagegen die Zusicherung der Glaubwürdigkeit von Schuldversprechen im Falle vielseitiger Marktbeziehungen. "The issue of confidence is chiefly one of multilateral trading" (Hicks 1989, S. 47, vgl. S. 41 ff.).

Gerade bei Existenz mehrerer Marktteilnehmer bietet sich jedoch ein zumindest prinzipieller Ausweg aus dem Informations- und Vertrauensproblem an, indem Zwei-Parteien- zu Drei-Parteien-Geschäften erweitert werden: Wenn der potentielle Käufer über einen allgemein akzeptierten Vermögenstitel verfügt, so wird er durch die Abgabe dieses Aktivums eher in der Lage sein, sich Güter am Markt zu verschaffen, eben weil der Verkäufer eine marktgängigere Forderung erhält. Dieser Vermögenstitel kann in einer Edelmetallmünze, aber auch in einer Bürgschaft oder einem Schuldschein eines bekannten, angesehenen Privateigentümers bestehen. Münze oder Schuldschein (bzw. ihre Produzenten) übernehmen somit die Funktion einer treuhänderischen Vermittlungsinstanz. "Monetary relations are trilateral. Monetary exchange [...] involves a third party of those authorities that may legitimately produce money" (Ingham 2000, S. 23; vgl. Coleman 1990, S. 119 ff., 186 f.; Heering 1999).

Wenn private Schuldscheine zirkulieren und zumindest nicht unmittelbar ihrem ursprünglichen Aussteller zur Einlösung in Gütern präsentiert werden, so werden sie zu *Zahlungsmitteln*. Diese Schuldscheine verbürgen ursprünglich Forderungen auf bestimmte Einheiten güterwirtschaftlicher Leistungen. Aus transaktions- und informationstheoretischen Gründen werden sich in allgemein bekannten, standardisierten Gütern formulierte Leistungsversprechen durchsetzen, die die Zähleinheiten eines Wertstandards – des "numéraires" – darstellen. Die Geldfunktion eines marktgängigen Schuldscheins hängt aber nicht von seinem realen Inhalt, sondern von der Reputation seines Ausstellers ab. Wertstandard und Zahlungsmittel sind hier strikt zu trennen. So wird vermutet, daß in altertümlichen Wirtschaften z.B. Rinder als Rechenmittel dienten; aber deshalb waren sie nicht zugleich auch Zahlungsmittel, weil Vieh im Prinzip unbegrenzt privatwirtschaftlich produzierbar ist. *Zahlungsmittel* müssen jedoch – im Gegensatz zu Tausch- und Rechenmitteln – *knapp* sein, weil sonst ihre Akzeptanz nicht gewährleistet ist. Dies bedeutet, daß das knappgehaltene *Symbol* des Rindes (der Schuldschein des Eigentümers oder die Opfermarke des Tempels) Träger der entscheidenden Geldfunktion des Zahlungsmittels war.

Die allgemeine Akzeptanz eines als Geld zirkulierenden Schuldscheins verweist darauf, daß aus einer gegen einen bestimmten Schuldner gerichteten Forderung gleichsam eine Forderung gegen die Marktgesellschaft als ganze geworden ist: ein allgemeiner, gesellschaftlicher Anspruch, der zu einer Aneignung von Ressourcen berechtigt, eben weil jedes Wirtschaftssubjekt bereit ist, Güter und Dienste gegen eine derartige Zahlung zu liefern. Das ursprünglich bilaterale Schuldverhältnis wird in ein gesellschaftliches Arrangement umgewandelt, bei dem *der Markt* eine Leistungserfüllung verspricht. Schon Georg Simmel erkannte, "daß alles Geld nur eine Anweisung auf die Gesellschaft ist; es erscheint gleichsam als ein Wechsel, in dem der Name des Bezogenen nicht ausgefüllt ist. [...] Die Solvierung jeder privaten Verbindlichkeit durch Geld bedeutet eben, daß jetzt die Gesamtheit diese Verpflichtung

gegen den Berechtigten übernimmt. [...] Der Unterschied zwischen dem gedeckten und dem ungedeckten Papiergeld [...] ist dabei ganz irrelevant" (Simmel 1907, S. 213 f.; vgl. Gale 1982, S. 187).

Indem ein privater Schuldschein als Geld zirkuliert, verliert er seinen ursprünglichen Status. Dies wird in der Geschichte des Geldwesens daran deutlich, daß die Noten der Zentralbank, ursprünglich eine Forderung auf ihre Goldreserve, zwar immer noch als Passivum in ihrer Bilanz verbucht werden, jedoch (bei flexiblen Wechselkursen) keine inhaltliche Verpflichtung für die Bank mehr darstellen. In der entwickelten Geldwirtschaft werden somit nicht (zinstragende) Wertpapiere, d.h. Verpflichtungen potentiell konkursfähiger Wirtschaftssubjekte, sondern (zinsloses) Geld als Zahlungsmittel gehalten. Geld wird deshalb zum "ultimativen Medium der Kontrakterfüllung" in der Marktwirtschaft, weil die Wirtschaftssubjekte aus informationstheoretischen Gründen ihre Vereinbarungen in Geldeinheiten festsetzen. Geld ist ein Substitut für das Konstrukt einer perfekten Marktorganisation mit vollständiger Information und ungetrübtem wechselseitigen Vertrauen der Marktteilnehmer. "Geld existiert, weil individualisierte Privateigentümer sich gegenseitig mißtrauen müssen" (Heering 1999, S. 113 f.; vgl. Riese 1995a, S. 47, 55). Unterstellt man vollständige Voraussicht, insbesondere über die Vertragserfüllung der Marktpartner, "dann läge als Zahlungsmittel der 'reine Kredit' und nicht das Geld näher" (Claassen 1970, S. 101).

Freilich findet im Fall einer Geldzahlung nur eine Problemverschiebung statt, weil nun das Vertrauen in das Geldmedium selbst sichergestellt sein muß. Dies erscheint aber leichter lösbar, als wenn jedes einzelne Wirtschaftssubjekt bei jeder Transaktion immer wieder seine Solvenz und Leistungsbereitschaft unter Beweis stellen müßte; die gesellschaftlichen Informationskosten wären hierbei außerordentlich hoch. "Because money is a claim on the economy as a whole rather than on a single individual, there is no need to acquire information about the individual who offers it in exchange. [...] It is information costs that lie at the bottom of any difference between money and other assets" (Gale 1982, S. 187 f.).

Der Kostengesichtspunkt erklärt auch, warum für das Vertrauensproblem nicht primär eine andere, unmittelbar vielleicht näherliegende Lösung gefunden wird: Die Vereinbarungen über den wechselseitigen Austausch von Gütern und Leistungen könnten im Prinzip direkt durch das staatliche Rechtssystem überwacht und durchgesetzt werden. Aber bedenkt man die Vielzahl nicht standardisierter Schuldverhältnisse in einer intertemporalen Tauschökonomie, deren Geltung zudem von nicht unstrittig zu beobachtenden Umweltbedingungen abhängig gemacht werden kann, so wird rasch deutlich, daß eine sofortige Geldzahlung für alle Beteiligten die billigere Variante ist. Die Gerichte werden primär zur Eintreibung von Geldschulden, d.h. zum Gläubigerschutz bei Kreditverträgen<sup>5</sup>, bemüht, während Gütermarktkontrakte

---

<sup>5</sup> Daß auch bei der Rückzahlung geliehenen Geldes die Norm des "pacta sunt servanda" keineswegs unbesehen gilt, betonte schon David Hume (1739/40, S. 479): "I suppose a person to have lent me a sum of money, on condition that it be restor'd in a few days; and also suppose, that after the expiration of the term agreed on, he demands the sum: I ask, *What reason or motive have I to restore the money?*"

unmittelbar durch *Zahlungen* beglichen werden.

Damit wird deutlich, daß die Verwendung von Geld eine *Alternative* zum Aufbau von Gläubiger-Schuldner-Beziehungen ist und insofern die Verpflichtungsökonomie aufhebt. Wenn Altvater schreibt "Geld erlaubt das Eingehen intertemporaler Verpflichtungen" (1992, S. 112) und daran populäre Diagnosen über die angeblich so in die Ökonomie hineingebrachte Instabilität der Finanzmärkte knüpft, stellt er den Sachverhalt auf den Kopf. Ohne Geld wäre das Gefüge intertemporaler Verpflichtungen viel unübersichtlicher und fragiler; wahrscheinlicher ist allerdings, daß die Gesellschaft im Status einer in sich abgeschlossenen Dorfökonomie verbliebe, weil die Risiken von rein güterwirtschaftlich definierten Geschäftsbeziehungen mit fremden Akteuren zweifelhafter Reputation viel zu hoch wären.

In ganz ähnlicher Weise ist Keynes' berühmter Satz "Die Bedeutung des Geldes rührt im wesentlichen daher, daß es ein Verbindungsglied zwischen der Gegenwart und der Zukunft darstellt" (1936, S. 248) zumindest mißverständlich. Da Geld die unmittelbare Begleichung von intertemporalen Verpflichtungen mittels Zahlung erlaubt, kann der Zeitaspekt insoweit aus den ökonomischen Beziehungen herausgehalten werden. Geld ermöglicht so, mit der unvermeidlichen Zukunftsunsicherheit leichter umzugehen. Es ist ein Medium der Komplexitätsreduktion, das zugleich dem Geldbesitzer einen unvergleichlichen Spielraum an Wahlfreiheit und Handlungsoptionen verschafft. Es ist diese Optionsqualität des Geldes, seine Eigenschaft unbedingter Liquidität, die im *Zins* zu entgelten ist. "Geld ist [...] übertragbare Freiheit zu begrenzter Güterwahl. [...] Das erworbene Geldsymbol drückt eine bestimmte Unbestimmtheit von offenen Erwerbsmöglichkeiten aus und macht die Reduktion dieser Komplexität nach individuellem Belieben verfügbar. [...] Durch Geld kann mithin die Komplexität des gesamten Wirtschaftssystems ausschnittsweise dem einzelnen buchstäblich in die Hand gegeben werden."<sup>6</sup>

#### 4. Geldwirtschaft als Gesellschaftsmodell

Das Problem Knappheit [...] entsteht, wenn jemand im Interesse der eigenen Zukunft andere vom Zugriff auf Ressourcen ausschließt. Die Frage ist: Wann und wie darf er das? [...] Die Antwort, die das Kommunikationsmedium Geld ermöglicht, lautet: *wenn er zahlt*.

*Niklas Luhmann (1988, S. 252)*

Im Übergang von traditionalistischen zu modernen Gesellschaften zerfallen stabile Deutungs- und Ordnungsmuster und müssen durch individuelle Fähigkeiten der Problembewältigung ersetzt werden. Vertrauen in soziale Regeln und private Reaktionsweisen wird dabei zur "Voraussetzung normalrationaler Lebensführung". Luhmanns treffliche Charakterisierung von

---

<sup>6</sup> Luhmann 1968, S. 62 f.; zur Zinstheorie siehe ausführlicher Spahn 2001, S. 18 ff..

Vertrauen als "riskanter Vorleistung" deutet schon darauf hin, daß ein gesellschaftlicher Bedarf an einem Interaktionsmechanismus besteht, der den Individuen unmittelbar eine größere Sicherheit vermittelt. Die Kernthese der modernen neoklassischen Theorie – "The institution of money can act as a substitute for trust" (Gale 1982, S. 239) – findet sich bereits bei Luhmann: "Wer Geld hat, braucht [...] anderen nicht zu vertrauen" (1968, S. 66, vgl. S. 27, 60 ff.) Simmel scheint demgegenüber weniger klar gesehen zu haben, daß Geld als *Substitut* für zwischenmenschliches Vertrauen fungiert: "Wie ohne den Glauben der Menschen aneinander überhaupt die Gesellschaft auseinanderfallen würde, [...] so würde ohne ihn der Geldverkehr zusammenbrechen".<sup>7</sup> Die besondere Leistung des Geldes besteht aber gerade darin, daß es wirtschaftliche Kommunikation und Interaktion in einer "low-trust society" ermöglicht – wobei sich dann die Vertrauensprobleme auf das Geldmedium konzentrieren.

Luhmann interpretiert Geld als ein Kommunikationsmedium, das vermittelt durch *Zahlungsvorgänge* überhaupt erst ein wirtschaftliches Subsystem innerhalb einer Gesellschaft ausdifferenziert. Indem die Aneignung von Ressourcen in einer Marktwirtschaft nicht durch die direkte Abgabe von eigenen Gütern oder durch die bilateral erklärte Verpflichtung einer späteren Lieferung, sondern durch die Übertragung von Geld geregelt und vollzogen wird, erscheint die Knappheit von Ressourcen – *das Problem der Wirtschaft* – als gleichsam verdoppelt bzw. gespiegelt in der Knappheit des Geldes. Dieses Kommunikationsmedium ermöglicht jedoch nicht nur einen Informationsaustausch zwischen den Marktteilnehmern in einer auf die Dimension des Ökonomischen bezogenen Sprache (Geldfunktion des Wertstandards), sondern leistet zugleich eine Übertragung von Zugriffsrechten im Hinblick auf die gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen (Geldfunktion des Zahlungsmittels). "Der 'unit act' der Wirtschaft ist die Zahlung" (Luhmann 1988, S. 52, vgl. S. 14, 46 f., 196 f., 246 f., 252; Ganßmann 2000).

Geld ist somit kein Gut, sondern erhält seine Funktion gerade dadurch, daß es der Güterwelt gegenübergestellt wird. Es ist ein Medium, das zur Zahlungsmitteltechnologie der Marktwirtschaft gehört. Soziale Systeme lassen sich nicht allein durch Ressourcen, Personen und Präferenzen beschreiben. Sie unterscheiden sich vielmehr durch ihre Organisations- und Kommunikationsstrukturen.<sup>8</sup> "Geld hat keinen 'Eigenwert', es erschöpft seinen Sinn in der Verweisung auf das System, das die Geldverwendung ermöglicht und konditioniert" (Luhmann 1988, S. 16; vgl. Riese 1995a). Die durch Verträge strukturierten Rechtsbeziehungen zwischen den Individuen werden in Geldeinheiten *festgesetzt* und *gelöst*; die Übertragung von Geld löscht Verpflichtungen, die beim Kauf von Gütern (und im Rahmen anderer Gläubiger-Schuldner-Beziehungen) entstanden sind.

---

<sup>7</sup> Simmel 1907, S. 213 f., 215. Zu seiner "Philosophie des Geldes" siehe auch Laidler/Rowe (1980), Heine-mann (1990), Deutschmann (1995) und Backhaus/Stadermann (2000).

<sup>8</sup> Die Schwierigkeiten, die die neoklassische Allgemeine Gleichgewichtstheorie mit dem Geld hat, rühren u.a. daher, daß Geld nicht einfach in die Nutzenfunktion der Subjekte aufgenommen werden kann, weil sein Nutzen von der Relation von Präferenzen, Ressourcenerstausstattungen und Preisen abhängt, d.h. von den Bedingungen, die bestimmen, ob überhaupt Markttransaktionen gewünscht werden (vgl. Ostroy/Starr 1990).

Damit erhält das Wirtschaftssystem eine durch den Nominalstandard Geld geprägte formale Ordnung, die als solche zu der ebenfalls formal definierten Eigenschaft der Rechtsstaatlichkeit einer Privateigentumsgesellschaft korrespondiert. Hier haben formale Verfahrensregeln wie etwa die Gleichheit vor dem Gesetz, die formale (nicht materielle) Gerechtigkeit oder die parlamentarische (nicht imperative) politische Willensbildung einen zentralen Stellenwert; entscheidend für die Akzeptanz der Ergebnisse eines gesellschaftlichen Prozesses, z.B. bei den Einkommenspositionen, ist primär nicht ihr Inhalt, sondern die *Form* ihres Zustandekommens. Geld ist kein Störfaktor der Marktwirtschaft, sondern umgekehrt das zentrale Medium der Herstellung ihrer Kohärenz. Das Spannungsverhältnis zwischen der "realen" Wirtschaft und der Symbolebene des Geldes erzeugt nun seinerseits funktionale, aber auch disfunktionale Effekte:

Die Regel, nach der eine Güteraneignung nur durch eine Zahlung von Geld möglich ist, schafft eine Motivation zum Gelderwerb und normiert darüber gesellschaftliches und wirtschaftliches Verhalten. Persönliche Vertrauensbeziehungen werden tendenziell durch monetäre Zwänge unterhöhlt. Die Eindimensionalität geldlicher Motive wird zwar immer wieder beklagt; frühbürgerlichen Gesellschaftstheoretikern galt die Ausrichtung menschlicher Interessenverfolgung auf das Geld hingegen als Grundvoraussetzung für die Stabilität einer freien, nicht länger durch obrigkeitsstaatliche und ideologische Zwänge zusammengehaltenen Ordnung. Das befürchtete Chaos infolge eines Zusammentreffens unterschiedlichster Verhaltensmuster und Lebensweisen konnte allein durch die Herausbildung eines gleichförmigen, am Gelderwerb orientierten Verhaltens vermieden werden.<sup>9</sup>

Das Ordnungsmuster einer Beanspruchung und Zuteilung gesellschaftlicher Ressourcen durch Geldzahlungen signalisiert, daß die Individuen innerhalb ihrer Budgetrestriktion bleiben. "The willingness of an individual to part with it [money] in payment for an excess of the value of commodities received over those given up is evidence that he is willing to bear the cost of his purchase" (Ostroy/Starr 1990, S. 11). Dies kann als "fairer Tausch" verstanden werden. Auch Luhmann nimmt an, daß die über Geldzahlungen vermittelte gesellschaftliche Zuteilung von Ressourcen eine gewisse Befriedung im Verteilungsstreit schafft, weil dieses Zuteilungsmuster – für jedermann erkennbar – auf objektive und öffentliche Weise, nämlich über *Preise*, und nicht (primär) über persönliche Beziehungen erfolge. Die Notwendigkeit, sich permanent, auch mittels Gewalt, um Ressourcen bemühen zu müssen, entfällt, wenn und weil auch nicht aktiven Marktteilnehmern die Erwartungssicherheit vermittelt wird, später ebenfalls über Geldzahlungen zum Zuge zu kommen. "Geld ist der Triumph der Knappheit

---

<sup>9</sup> Hirschman hat in einer instruktiven Studie die Reduktion dieser vielfältigen, alle Lebensbereiche umfassenden "Leidenschaften" in die Kategorie des Interesses nachgezeichnet, die als Synonym und Symptom menschlichen Vorteilsstrebens verstanden wurde und so "schließlich mit einer einzelnen Leidenschaft, der Liebe zum Geld, gleichgesetzt werden konnte" (1977, S. 63). Hirschmans Metapher vom "Gelderwerb als ruhiger Leidenschaft" verweist auf die zivilisatorische Wirkung einer Dominanz geldlicher Interessen. "Gefährliche menschliche Triebe können [...] durch Gelegenheiten für Gelderwerb und privaten Besitz in verhältnismäßig harmlose Kanäle abgeleitet werden [...]. Es ist besser, daß ein Mensch sein Bankguthaben tyrannisiert als seine Mitmenschen" (Keynes 1936, S. 315).

über die Gewalt."<sup>10</sup>

Das bedeutet freilich nicht, daß die Gewalt aus der Gesellschaft verschwindet. Sie verändert ihre Form von einer allgegenwärtigen Räuberei zwischen Ressourcenbesitzern zu einer "Beschaffungskriminalität", die sich auf das Geld richtet. Ebenso läßt sich die These einer konsensschaffenden Wirkung geldlicher Einkommenszuteilungsverfahren bestreiten: Gerade die formale Einheitlichkeit dieser Verfahren macht die an der bloßen Quantität des Geldeinkommens zu messende unterschiedliche Potenz der Gesellschaftsmitglieder besonders deutlich; schließen sich wirtschaftlich arme und reiche Länder zu einem gemeinsamen Währungsgebiet zusammen, so kann das Ausmaß der Unzufriedenheit über die Einkommensungleichheit durchaus zunehmen. Geld beseitigt die durch "unfairen Gütertausch" entstehenden persönlichen und gesellschaftlichen Verluste, aber keineswegs ökonomische Ungleichheit zwischen den Wirtschaftssubjekten. Weil allein die Verfügung über Geld zur Aneignung von Ressourcen berechtigt, ändert der Unterschied zwischen arm und reich seine Form und zeigt sich in der Form einer Trennung zwischen denen, die zahlen können, und jenen, die nicht zahlen können.

Davon zu trennen ist das Element des Nicht-Zahlen-Wollens: Zahlungen und Nicht-Zahlungen, d.h. Kaufverweigerungen, erzeugen eine strukturelle Hierarchie in der Marktposition der Wirtschaftssubjekte. "Die Zahlung schafft sehr hohe *Sicherheit der beliebigen Verwendung* des erhaltenen Geldes für den Gelderwerber (Geldeigentümer) und zugleich sehr hohe *Unsicherheit der bestimmten Verwendung* für alle anderen" (Luhmann 1988, S. 21). Die Geldverwendung umfaßt den Kauf ebenso wie die Geldhaltung. Der Flexibilitätsgewinn der Nachfrager (infolge der Möglichkeit, definitive Entscheidungen aufschieben zu können) erhöht offensichtlich die Probleme der Anbieter, ihre Produktionsprozesse auf eine in Höhe und Struktur ungewisse Zukunftsnachfrage einzustellen. Im allgemeinen herrscht die Konstellation eines "Käufermarktes" vor, in der Ressourcen tendenziell im Überschußangebot vorhanden sind. "Seit es überhaupt Geld gibt, ist, im großen und ganzen, jedermann geneigter zu verkaufen als zu kaufen" (Simmel 1907, S. 722; vgl. Luhmann 1968, S. 64 f., 74).

Diese aus der mikroökonomischen Rolle des Geldes als Zahlungsmittel resultierende, den Geldbesitzer begünstigende Asymmetrie garantiert jedoch keineswegs auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die Sicherheit eines langfristig konstanten realen Geldwertes: Die Ressourcenknappheit wird in die Form einer Geldknappheit gebracht – jedoch nicht auf die Weise, daß für jedes Gut gleichsam ein Anrechtsschein emittiert wird; das effektive Geldvolumen ist vielmehr unabhängig von der kurzfristig gegebenen Gütermenge bestimmt. Damit tritt die scheinbare Paradoxie auf, daß die Knappheit *aller* Güter im Vergleich zum Geld zunehmen kann – was nicht möglich wäre, wenn die Güteraneignung wiederum durch eine Güterliefe-

---

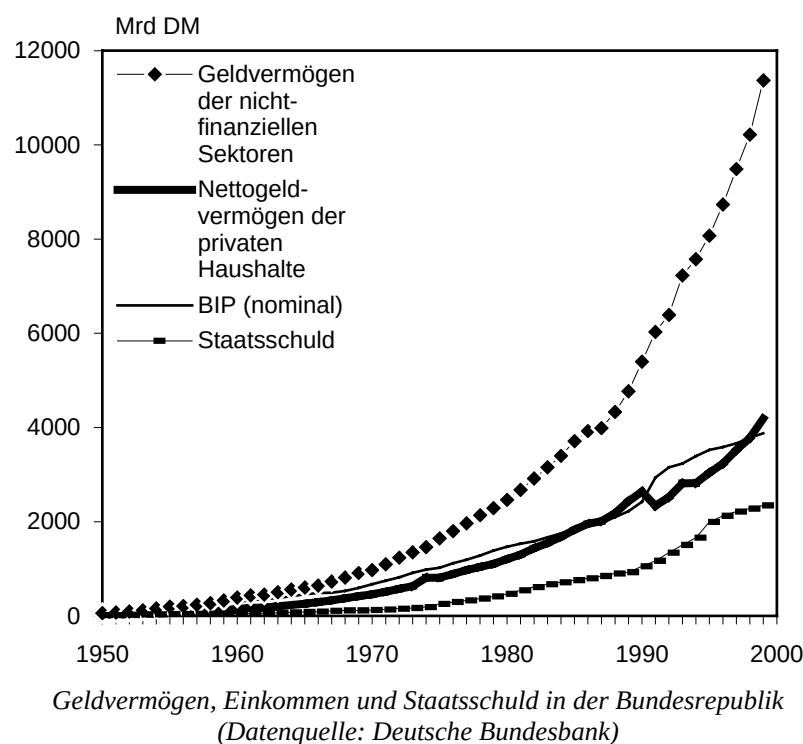
<sup>10</sup> Luhmann 1988, S. 253, vgl. S. 19, 69, 255. Daß insoweit vor dem Geld alle Gesellschaftsakteure gleich werden, wurde von Simmel (1889, S. 60) allerdings eher kritisch kommentiert: "Die Qualitätslosigkeit des Geldes bringt [...] die Qualitätslosigkeit des Menschen als Geldgeber und Geldnehmer mit sich. [...] Daß im Geldverkehr eine Person genau soviel wert ist wie eine andere, hat nur den Grund, daß keine etwas wert ist, sondern nur das Geld. [...] Das Geld ist das absolut Objektive, an dem alles Persönliche endet."



rung erfolgte. Die Erkenntnis, daß die Existenz von Geld eine Verknappung der Güter bewirken kann, geht auf Locke zurück. Geld, als "die beständige Sache", galt ihm zugleich als Voraussetzung dafür, daß die Menschen überhaupt bereit seien, über die unmittelbaren Bedürfnisse hinaus zu arbeiten (Locke 1690, S. 125; vgl. Luhmann 1988, S. 195). Ein scheinbar grenzenloses Besitz- und Akkumulationsstreben ist an die Existenz eines *Wertaufbewahrungsmittels* gebunden. Allerdings ist Geld nicht das einzige oder auch nur vorteilhafteste Vermögensaktivum, das einen solchen Dienst leistet.

Jeder über Geldzahlungen ausgeübte Zugriff auf die Ressourcen steigert ihren Knappheitsgrad. "Der Zugriff erzeugt mithin Knappheit, während zugleich Knappheit als Motiv für den Zugriff fungiert. [...] Der Zugriff schafft das, was er beseitigen will" (Luhmann 1988, S. 179, vgl. S. 98, 252). Dieses von Luhmann so bezeichnete "Knappheitsparadox" ist zugleich ein unfreiwilliges Gegenargument zu seiner These einer grundsätzlichen Beruhigung des Verteilungsstreits durch die Verlagerung des Zuteilungsverfahrens auf die geldliche Ebene. Denn bei steigenden Geldpreisen der erwünschten Güter erfahren die Wirtschaftssubjekte eine fortschreitende reale Entwertung ihrer nominal fixierten Anrechtsscheine, was den Streit um die Menge ihrer individuellen Zuteilung anheizen wird.

Der ökonomische Hintergrund des sich hier andeutenden gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts ist ein Stock-Flow-Problem: Auf der einen Seite gelangen die Güter aus laufender Produktion auf den Markt, auf der anderen wird Geld als Bestandsgröße gehalten. Änderungen in der Bereitschaft zur Geldhaltung können somit ausgeprägte Schwankungen der monetären Güternachfrage auslösen. Die sich dabei ergebenden Veränderungen im Preisniveau stellen ein für Geldwirtschaften charakteristisches Systemrisiko dar. Das Vertrauen in den gesamtwirtschaftlichen Geldwert ist ein für die Systemstabilität kritischer Faktor, weil



zum einen ja ein Großteil potentieller wirtschaftlicher Unsicherheiten durch die Verwendung von Geldkontrakten umgangen wird, wodurch umso größere Anforderungen an die Solidität und Wertsicherheit des Geldes gestellt werden, und weil zum anderen jeder Geldvermögensbesitzer weiß (oder wissen muß), daß der Realwert seiner Geldanlagen, d.h. ihr potentieller güterwirtschaftlicher Gegenwert, vor allem davon abhängt, daß nicht alle anderen Akteure aus der Haltung von Geld und Finanzaktiva aussteigen.

Das prekäre Gleichgewicht eines solchen "holder-holder game", dessen Brisanz an der wachsenden Diskrepanz zwischen Geldvermögensbeständen und dem wertmäßigen Sozialprodukt deutlich wird (siehe Abbildung), verweist auf eine geradezu ordnungspolitische Verpflichtung der Geldpolitik auf das Ziel der Geldwertstabilisierung. "Das Geld selbst muß knapp gehalten werden, und dies auch dann, wenn man weiß, daß es als bloßes Kommunikationssymbol an sich nicht knapp ist" (Luhmann 1988, S. 70; vgl. Simmel 1907, S. 215; Luhmann 1968, S. 62 ff., 90; Schumpeter 1970, S. 219, 224 f.).

## 5. Geldvermögenshaltung, Produktion und "Entkoppelung"

An economy where money is created by banking processes that finance the acquisition of capital assets and the production of investment outputs has essentially a nominal core.

*Hyman P. Minsky (1984, S. 454)*

Gegen die im Zahlungsvorgang angelegte Hierarchisierung der Geld- gegenüber der Gütersphäre hat sich die neoklassische Ökonomie stets instinktiv gestraubt und auf der Tauschmittelfunktion beharrt.<sup>11</sup> Die Existenz von in Geldeinheiten abgeschlossenen Arbeits-, Kauf- und Schuldverträgen wird daher im Lichte der fundamentalen Prinzipien des Wirtschaftens grundsätzlich dahingehend interpretiert, "that agents negotiate nominal contracts, but care only about real values".<sup>12</sup> Jede Kritik an dieser Interpretation wird gemeinhin mit dem Vorwurf der Unterstellung von Geldillusion zurückgewiesen. Aber wenn die Marktteilnehmer nur an "real values" interessiert sind, ist umgekehrt zu fragen, warum sie nicht direkt in Güterbündeln zu "zahlende" Gegenleistungen festsetzen. Offensichtlich wünschen sie dies gerade nicht und beharren auf einer Bezahlung ihrer Leistungen *in Geld*.

Sie erliegen dabei auch keineswegs (notwendigerweise) einer Geldillusion – natürlich bilden die Marktakteure bei der Festsetzung von nominalen Kontrakten Erwartungen über den Realwert der vereinbarten Geldzahlungen –, sondern verlangen eine Zahlung in einem Medium, das sie vor den Informations-, Transaktions- und Vertrauensproblemen bewahrt, die bei

---

<sup>11</sup> "Wird die Funktion des Geldes als den Waren- und Kapitalverkehr vermittelndes Verkehrsobjekt [...] im Auge behalten [...]: so fehlt es an jedem Bedürfnis und jeder Berechtigung, von einer bevorzugten Benützung, oder gar von einer Funktion des Geldes als *Zahlungsmittel* noch besonders zu handeln" (Menger 1909, S. 579).

<sup>12</sup> So Goodhart (1994, S. 103) in einer kritischen Analyse der modernen Theorie der Geldpolitik.

Vereinbarungen über direkte gegenseitige Güterleistungen auftreten. Zwar ist beim Vergleich zwischen Real- und Finanzaktiva die erwartete Geldentwertung zu berücksichtigen; aber auch in "realen Dollars" kalkulierte Anlage- und Investitionsprojekte weisen keinen Weg zurück zum Gütertausch, weil die in Geld festgesetzten Verträge nach wie vor durch (ggf. um die Inflationsrate korrigierte) Geldzahlungen zu erfüllen sind.

Geld bildet das zentrale Element der – durchaus im wörtlichen Sinne – *Ordnung* einer Marktökonomie, so daß *Wirtschaften* stets ein in Geldeinheiten gedachter und durchzuführender Prozeß ist. Damit weist auch der Produktionsprozeß grundsätzlich einen monetären Charakter auf: Er muß sich für den Unternehmer stets in einem *Geldergebnis* niederschlagen, weil dieser sich Produktionsmittel mit Geld zu beschaffen und als Schuldner jeden Kredit in Geldeinheiten zu tilgen hat. Dies folgt wiederum daraus, daß der Gläubiger einen *Geldbetrag* verleiht und nur die Rückerstattung dieses allgemeinen Optionsrechts – nicht aber eine Güterlieferung – ihn in seinen Vermögensstatus zurückversetzt. Dies wird durch die einfache Marxsche Formel  $G-W-G'$  ausgedrückt, die später von Keynes aufgegriffen wurde: Der kapitalistische Wirtschaftskreislauf beginnt und endet nicht wie in der Tauschökonomie mit der Ware, wobei das Geld nur einen Zwischenschritt markiert; umgekehrt stellt die Produktion von Waren ein Durchgangsstadium im Verwertungsprozeß des Geldvermögens dar. "An entrepreneur is interested, not in the amount of product, but in the amount of *money* which will fall to his share. He will increase his output if by so doing he expects to increase his money profit, even though this profit represents a smaller quantity of product than before" (Keynes 1933, S. 82, vgl. S. 81; Marx 1890, S. 162 ff.; Luhmann 1988, S. 196 f.).

Indem Geld den Anfangs- und Endpunkt von Produktionsprozessen bildet, werden diese unter die Logik des Vermögensmarktes subsumiert. Produktion ist lediglich eine Form der Geldvermögenshaltung, eine mögliche Form der Kapitalverwertung, die sich immer in einer geldlichen Sprache vollzieht. Eben deshalb ist Altvaters Versuch untauglich, das "gute", lediglich den Gütertausch vermittelnde Geld vor dem "bösen", unsicherheitsträchtigen Geld der Finanzmärkte schützen zu wollen: "Das Geld als Zirkulationsmittel ist [...] harmlos, weil direkt an die reale Sphäre der Produktion rückgebunden. [...] Doch das Geld als Zahlungsmittel ist das Problem, weil es Schuldverhältnisse voraussetzt (und konstituiert), Gegenwart und Zukunft verknüpft, also ein Moment von Unsicherheit enthält, und zur Produktion rückgekoppelt ist, die nicht den Bedingungen der Finanzsphäre von Zahlung und Nichtzahlung gehorcht [...], sondern technischen und sozialen Verhältnissen, in denen [...] der Klassenkonflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital enthalten ist" (Altvater 1992, S. 161, vgl. S. 106 f.). Bemerkenswert ist, wie hier fern jeder Alltagserfahrung ein von geldlichen Kalkülen unbelastetes Produktionsethos einer Güterwelt beschworen wird, in der dann der Klassenkampf zu Hause sein soll. Letztlich zeigt sich so im Marxismus die gleiche romantische Sehnsucht nach dem "neutralen Geld" wie in der orthodoxen Wirtschaftstheorie.<sup>13</sup>

---

<sup>13</sup> Schelkle (1995) zufolge gilt dies auch für die heterodoxe Gruppe der "monetary cranks" und "Geldreformer". So schrieb der berühmte Silvio Gesell (1924, S. 193): "Das Geld ist Tauschmittel, nichts anderes. Es soll

Man ist versucht, den Spätmarxisten Altvater an die Marxsche Formel G-W-G' zu erinnern – aber schon Marx selbst sträubte sich gegen seine eigene Dialektik: Er trennte die Bewegungsform des Geldkapitals, "Weggeben unter der Bedingung der Rückerstattung", als bloß "juristische Transaktion" von der "wirklichen Kreislaufbewegung des Geldes als Kapital" – als habe erstere nichts mit kapitalistischer Ökonomie im eigentlichen Sinne zu tun! Der Begriff des zinstragenden Kapitals entsprang für ihn einer populär-verkehrten Weltsicht, aber er war gleichwohl auch das Endergebnis seiner eigenen theoretischen Analyse. Das Kapitalverhältnis erreicht seine "äußerlichste und fetischartigste Form"; in der bloßen Bewegung G-G' ist ihre Bedingung, die "reale" Kapitalverwertung, ausgelöscht; der Zins erscheint direkt als "die eigentliche Frucht des Kapitals" und "das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dings, des Geldes, zu sich selbst". Das Bank- und Kreditsystem ist für Marx das *ausgebildetste* Produkt des Kapitalismus – aber eben auch das *künstlichste*. Infolge seiner Fixierung auf den materiellen Charakter des Geldes erscheinen Marx der nicht durch "hartes" Geld gedeckter Kredit und die Bewegung des "fiktiven Kapitals" (der Wertpapierhandel) immer irgendwie suspekt: Spekulation und Schwindelgeschäfte kennzeichnen für ihn die Finanzwelt.<sup>14</sup>

Die moderne Variante der Marxschen Diagnose ist die These einer Abkoppelung der Finanzmärkte vom "realen" Geschehen. Die Redeweise, immer mehr liquide Mittel würden aus den investierbaren Fonds in den Casino-Kapitalismus abgezogen<sup>15</sup>, erweckt den falschen Eindruck, als gäbe es dort keine Schuldner, die diese Mittel letztlich wieder zum Güterkauf verwenden. Der enorm gewachsene Umfang weltweiter Finanztransaktionen ist das Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer Effekte, die alle mehr oder weniger mit dem ebenfalls gewachsenen realen Wohlstand auf der Welt zusammenhängen:

- \* Das Geldvermögen repräsentiert zu einem großen Teil Eigentumsrechte oder Ansprüche an privates oder öffentliches Sachvermögen und muß insoweit mit diesem zunehmen. Zumindest die industrialisierte Welt hat seit historisch auffällig langer Zeit keinen Krieg mehr erlebt, der stets mit einer Entwertung realer und/oder finanzieller Vermögenswerte verbunden war.
- \* Hinzu kommt, daß direkte Gläubiger-Schuldner-Beziehungen zwischen Geldvermögens-

---

den Austausch der Waren erleichtern, die Schwierigkeiten des Tauschhandels umgehen. [...] Das ist es, was wir vom Geld fordern. Der Grad der Sicherheit, Schnelligkeit und Billigkeit, womit die Waren ausgetauscht werden, bildet den Prüfstein für die Brauchbarkeit des Geldes."

<sup>14</sup> Marx' Schimpftiraden gegen die Finanzwelt wirken auch eher hilflos als überzeugend. "Das Kreditsystem, das seinen Mittelpunkt hat in den angeblichen Nationalbanken und den großen Geldverleihern und Wucherern um sie herum, ist eine enorme Zentralisation und gibt dieser Parasitenklasse eine fabelhafte Macht, nicht nur die industriellen Kapitalisten periodisch zu dezimieren, sondern auf die gefährlichste Weise in die wirkliche Produktion einzugreifen – und diese Bande weiß nichts von der Produktion [!] und hat nichts mit ihr zu tun. Die Akte von 1844 und 1845 sind Beweise der wachsenden Macht dieser Banditen, an die sich Finanziere und stock-jobbers anschließen" (Marx 1894, S. 560, vgl. S. 359 ff., 404 f., 413 ff., 620 ff.).

<sup>15</sup> Altvater 1992, S. 156 f; vgl. auch die umfassende Studie von Menkhoff/Tolksdorf 2001. Daß die internationalen Kapitalbewegungen sich nach Zinsdifferenzen und erwarteten Wechselkursveränderungen richten, ist entgegen der Meinung Altvaters (1992, S. 144 f.) kein Beleg einer Entkoppelung der monetären von der realen Akkumulation, sondern schlicht die Gleichgewichtsbedingung des internationalen Vermögensmarktes, die im übrigen sinngemäß auch für grenzüberschreitende Realinvestitionen gilt.

und Realkapitalbesitzern durch die Intermediation des Bankensektors gleichsam verdoppelt werden. Die Entkoppelung von Unternehmensfinanzierung und Geldvermögenshaltung stellt eine der größten Errungenschaften der Geldwirtschaft dar. Handelbare Wertpapiere belassen jedem einzelnen Anleger die Flexibilität, sein Geld jederzeit wieder zurückziehen zu können, ohne damit zugleich die Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu gefährden. Der Finanzmarkt leistet eine einzel- und gesamtwirtschaftlich überaus erwünschte Verlagerung der Risiken von Haushalten und Unternehmen zu Finanzinstituten, die dann ihrerseits durch Diversifikation versuchen, die übernommenen Risiken zu streuen.

\* Die temporäre Instabilität von Vermögensmärkten resultiert daraus, daß sich die erwarteten Vermögenspreise in selbstreferentieller Weise auf den Preistrend selbst beziehen (anstatt auf die Reihe diskontierter Ertragserwartungen) und somit "bubbles" erzeugen. Insoweit liegt dann eine "Abkoppelung" vor; allerdings haben die hierbei auftretenden Vermögensumverteilungen und -verluste eben auch keine wesentlichen gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen (wenn die Geldpolitik die Liquidität auf den Märkten sichert).

\* Transaktionen und Absicherungsgeschäfte werden weiter durch flexible Wechselkurse zwischen verschiedenen Währungen aufgebläht. Insofern war die Welt des einheitlichen Goldstandards oder des festen Dollarkurses im Bretton-Woods-Systems übersichtlicher; aber diese Welt ist eben deshalb zerbrochen, weil die Nationalstaaten aus politischen und wirtschaftlichen Gründen keine Unterordnung unter einen exogen gesetzten monetären Standard wünschten.

Ein ernstes Problem ist die in vielen Ländern gestiegene Staatsverschuldung, wenn der Gegenposten zum Geldvermögen letztlich in einem öffentlichen Konsum besteht. Darin wird eine "Verletzung des ökonomischen Prinzips" gesehen, da hier kein Überschuß erwirtschaftet wird, "aus dem die Zinsen für die aufgenommenen Kredite bezahlt werden" (Riese 1995b, S. 21; vgl. Altvater 1992, S. 113, 157 ff. und die obige Abbildung).

Aber diese Argumentation bleibt dem güterwirtschaftlichen Denken der klassischen Ökonomie verhaftet, wonach die Zinsen aus einem "produktiven Gewinn" abgezweigt werden müssen. Tatsächlich ist die Zinszahlung lediglich ein Einkommenstransfer, der im Falle der Unternehmensverschuldung über einen Preisaufschlag vom Konsumenten, im Falle der Staatsverschuldung vom Steuerzahler an den Geldvermögensbesitzer gezahlt wird. Es kann keine Rede davon sein, daß eine öffentliche Verschuldung per se marktinkonform sei; bei relativ hohen Zinsen müssen lediglich entsprechend hohe Einnahmen im Staatshaushalt für den Zinsendienst vorgesehen werden, damit die Staatsschuld nicht explodiert. Daß viele Regierungen diese Bedingung mißachten, zeugt von politischer Schwäche, nicht aber von einer "Entartung" der Finanzmärkte.

Ein zweites Problem ist die Kombination von "schwachen" Entwicklungs- bzw. Transformationsländern einerseits und freien Kapitalbewegungen andererseits, genauer: ein "overfunding" von Leistungsbilanzdefiziten, das infolge von Diversifikationsbestrebungen, Risikoübernahme dritter Stellen oder Risikohedging durch neue Finanzinstrumente möglich gewor-

den ist. Früher hätten diese Länder keinen privaten Pfennig bekommen. Heute fällt das Kapital in diese Länder ein, pickt die Rosinenrenditen heraus und wird bei den ersten Anzeichen von Unsicherheit wieder abgezogen, Wirtschafts- und Zahlungsbilanzkrisen zurücklassend.

Die "Schuld" an dieser wiederkehrenden Konstellation haben nicht die Finanz- und Devisenmärkte; das Kernproblem ist eine politisch-ökonomische Schwäche der Institutionen und Eliten in diesen Ländern. Es ist die Inkompetenz und Korruptionsanfälligkeit vieler Regierungen (und weniger ein Glauben an die Existenz perfekter Märkte), die eine Entwicklung und Modernisierung via Anbindung an den Weltmarkt nahelegt, einfach weil man ihnen keine effektive nationale Wirtschaftspolitik zutraut. Sie erliegen dann jedoch der Versuchung gesteigerter Konsummöglichkeiten im privaten und öffentlichen Bereich, die ihnen durch die Marktöffnung in Aussicht gestellt werden. Die Lösung dieses Problems liegt nicht in Entwicklungsprogrammen unter Aufsicht wohlmeinender externer Instanzen, sondern in einem konsequenten Festhalten am privaten Gläubigerrisiko, einem Verbot von (kurzfristigen) Kapitalimporten, was die Volkswirtschaft dazu zwingen sollte, eine exportorientierte Entwicklungsstrategie zu verfolgen. Aber eben dazu sind die Regierungen meist zu schwach, Reallohn- und Konsumverzicht erscheinen nicht durchsetzbar. Es ist ja kein Zufall, daß gerade die VR China den Verlockungen der vorzeitigen Öffnung widerstehen konnte: ihre stramme innenpolitische Kontrollfähigkeit machte es möglich. Südkorea bot – unter politisch anderem Vorzeichen – ein ähnliches Beispiel. Die Bundesrepublik profitierte in den 50er Jahren innenpolitisch von einer Kombination aus Arbeitsethos und Büßermoralität und außenwirtschaftlich von der noch nicht entwickelten Marktöffnungsphilosophie.

## 6. Ein Schlußwort

Dem Kapitalismus ist es höchst gleichgültig, was die Menschen einschließlich der Wissenschaftler von ihm denken. Deshalb ist er auch dann funktionsfähig, wenn die Einsichten der Wissenschaftler unzureichend oder sogar falsch sind.

*Hajo Riese (1995a, S. 61)*

Geldwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung *sui generis*, in der ökonomischen Interaktionsprozesse über geldliche Kontrakte und Geldzahlungen abgewickelt werden; Kontrakte und Zahlungen bilden so ein dezentrales Netzwerk (dessen Abstimmungs- und Entscheidungsaufgaben in einer Zentralverwaltungswirtschaft von einer Planungsbehörde zu übernehmen sind). Wirtschaften in einer Marktökonomie spiegelt sich aus gesellschaftstheoretischer Sicht in einem Kontinuum von Zahlungsvorgängen wider, die den ökonomischen (und teilweise auch den sozialen) Zusammenhang zwischen den Wirtschaftssubjekten und die Vereinbarkeit individuell geplanter Markthandlungen herstellen. Indem das Zahlungsmedium Geld nicht nur eine Kommunikationsfunktion erfüllt, sondern als gleichsam "materialisiertes" Vermögensakti-

vum auch selbst gehandelt und gehalten werden kann, drückt die *Verknüpfung von Zahlungstechnologie und Vermögenswirtschaft* dieser Wirtschaftsordnung ihren Stempel auf. Die Beziehungen zwischen Geld, Zins, Profit und Kapital prägen dieses System. Indem der Markt individuelles ökonomisches Handeln einem geldlichen Kalkül unterwirft, d.h. in die Form eines Vergleichs von Geldwerten bringt, muß auch die Produktion den Kriterien einer Sicherung und Mehrung von Geldvermögen genügen.

Der ökonomische Gehalt des Faktums, daß das Marktsystem realiter als *Zahlungswirtschaft* fungiert, ist von der Wirtschaftswissenschaft lange nicht hinreichend gewürdigt worden. Wahl und Existenz eines Zahlungsmediums haben keineswegs nur technisch-institutionelle Auswirkungen. Schon die Entscheidungen zugunsten bestimmter Zahlungsmittel prägten große Kapitel der Wirtschaftsgeschichte. Dies verdeutlicht, daß die Anforderungen an ein funktionsfähiges Zahlungsmedium außerordentlich hoch sind und daß seine Bereitstellung mit vielfältigen politisch-ökonomischen Interessen verknüpft ist. Die Organisation der Marktökonomie als Geldwirtschaft impliziert darüber hinaus, daß die Einkommensbildung nicht von der Ressourcenausstattung der Akteure, sondern nachfrageseitig von der Bereitschaft zur Geldausgabe abhängt. Dies ist denn auch der eigentliche Grund dafür, warum in der Marktwirtschaft im Prinzip die Güter reichlich, Arbeit als Produktionsfaktor tendenziell überschüssig und das Geld knapp sind, während in der Planwirtschaft die Güter stets Mangelware darstellten – und das Geld kein Geld war.

## Literatur

- Abelshauser, W., 1991: Die ordnungspolitische Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland – Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft, in: Petzina, D. (Hrsg.), *Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg*, Berlin, S. 11-29.
- Altwater, E., 1992: Die Zukunft des Marktes – Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus", 2. Aufl. Münster.
- Backhaus, J. G. und H.-J. Stadermann (Hrsg.), 2000: Georg Simmels Philosophie des Geldes – Einhundert Jahre danach, Marburg.
- Blesgen, D. J., 2000: Erich Preiser – Wirkung und wirtschaftspolitische Wirkung eines deutschen Nationalökonom (1900-1967), Berlin.
- Chomsky, N., 2000: Profit over People – Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg / Wien.
- Claassen, E.-M., 1970: Probleme der Geldtheorie, Berlin u.a.
- Coleman, J. S., 1990: Foundations of Social Theory, Cambridge / London 1994.
- Deutschmann, C., 1995: Geld als soziales Konstrukt – Zur Aktualität von Marx und Simmel, in: Leviathan, 23, S. 376-393.
- Gale, D., 1982: Money – In Equilibrium, Cambridge.
- Ganßmann, H., 2000: Geld als soziale Tatsache, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 11, S. 506-509.
- Gesell, S., 1924: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Berlin.
- Goodhart, C. A. E., 1994: Game Theory for Central Bankers – A Report to the Governor of the Bank of England, in: Journal of Economic Literature, 32, S. 101-114.
- Hahn, F. H., 1980: Die Allgemeine Gleichgewichtstheorie, in: Bell, D. und I. Kristol (Hrsg.), Die Krise in der Wirtschaftstheorie, Berlin u.a. 1984, S. 154-174.
- Hawtrey, R. G., 1930: Credit, in: Encyclopedia of the Social Sciences, Bd. 3, New York, S. 545-550.
- Heering, W., 1999: Privateigentum, Vertrauen und Geld – Überlegungen zur Genese von Zahlungsmitteln in Marktökonomien, in: Betz, K. und T. Roy (Hrsg.), Privateigentum und Geld – Kontroversen um den Ansatz von Heinsohn und Steiger, Marburg, S. 99-143.

- Heinemann, K., 1990: Geld und Vertrauen, in: Kintzelé, J. und P. Schneider (Hrsg.), *Georg Simmels Philosophie des Geldes*, Frankfurt 1993, S. 301-323.
- Heinsohn, G. und O. Steiger, 2000: The Property Theory of Interest and Money, in: Smithin, J. (Hrsg.), *What Is Money?* London / New York, S. 67-100.
- Hicks, J., 1989: *A Market Theory of Money*, Oxford.
- Hirschman, A. O., 1977: *Leidenschaften und Interessen – Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt 1980.
- Hume, D., 1739/40: *A Treatise of Human Nature*, Oxford 1951.
- Ingham, G., 2000: "Babylonian Madness" – On the Historical and Sociological Origins of Money, in: Smithin, J. (Hrsg.), *What Is Money?* London / New York, S. 16-41.
- Issing, O., 1999: The ECB and Its Watchers, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Auszüge aus Presseartikeln*, Nr. 41, Frankfurt, 17.6.99, S. 10-19.
- Keynes, J. M., 1933: The Distinction between a Co-operative Economy and an Entrepreneur Economy, in: Moggridge, D. (Hrsg.), *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. 29: *The General Theory and After, A Supplement*, London / Basingstoke 1979, S. 76-87.
- Keynes, J. M., 1936: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin.
- Keynes, J. M., 1937: The General Theory of Employment, in: Moggridge, D. (Hrsg.), *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. 14: *The General Theory and After, Teil II: Defence and Development*, London / Basingstoke 1973, S. 109-123.
- Koch, C., 1995: *Die Gier des Marktes – Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft*, München / Wien.
- Laidler, D. und N. Rowe, 1980: Georg Simmel's "Philosophy of Money" – A Review Article for Economists, in: *Journal of Economic Literature*, 18, S. 97-105.
- Law, J., 1720: Betrachtungen über das Geld und den Handel einschliesslich eines Vorschlags zur Geldbeschaffung für die Nation, in: Ders., *Handel, Geld und Banken*, Berlin 1992, S. 11-125.
- Locke, J., 1690: *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, Frankfurt 1972.
- Luhmann, N., 1968: *Vertrauen – Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart 2000.
- Luhmann, N., 1988: *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt 1996.
- Marx, K., 1857/58: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Frankfurt / Wien o.J.
- Marx, K., 1859: *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1970.
- Marx, K., 1890: *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1, 4. Aufl., Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1962.
- Marx, K., 1894: *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 3, Marx-Engels-Werke, Bd. 25, Berlin 1973.
- Menger, C., 1909: Geld, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Bd. 4, 3. Aufl. Jena, S. 555-610.
- Menkhoff, L. und N. Tolksdorf, 2001: *Financial Market Drift – Decoupling of the Financial Sector from the Real Economy?* Berlin u.a.
- Minsky, H. P., 1980: Money, Financial Markets, and the Coherence of a Market Economy, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, 3, S. 21-31.
- Minsky, H. P., 1984: Frank Hahn's 'Money and Inflation' – A Review Article, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, 6, S. 449-457.
- Ostroy, J. M. und R. M. Starr, 1990: The Transactions Role of Money, in: Friedman, B. M. und F. H. Hahn (Hrsg.), *Handbook of Monetary Economics*, Bd. 1, Amsterdam u.a., S. 3-62.
- Richter, R., 1993: *Ökonomische Theorie des Privateigentums – Thema und Variationen*, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, 44, S. 311-347.
- Riese, H., 1995(a): Geld – Das letzte Rätsel der Nationalökonomie, in: Schelkle, W. und M. Nitsch (Hrsg.), *Rätsel Geld – Annäherungen aus ökonomischer, soziologischer und historischer Sicht*, Marburg, S. 45-62.
- Riese, H., 1995(b): Das Grundproblem der Wirtschaftspolitik, in: Betz, K. und H. Riese (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft*, Marburg, S. 9-28.
- Schelkle, W., 1995: Motive ökonomischer Geldkritik, in: Dies. und M. Nitsch (Hrsg.), *Rätsel Geld – Annäherungen aus ökonomischer, soziologischer und historischer Sicht*, Marburg, S. 11-44.
- Schumpeter, J. A., 1970: *Das Wesen des Geldes*, Göttingen.
- Simmel, G., 1889: Zur Psychologie des Geldes, in: Dahme, H.-J. (Hrsg.), *Georg Simmel – Aufsätze 1887 bis 1890*, Frankfurt 1995, S. 49-65.
- Simmel, G., 1907: *Philosophie des Geldes*, 2. Aufl., Neuausgabe Frankfurt 1991.
- Skaggs, N. T., 1997: Henry Dunning Macleod and the Credit Theory of Money, in: Cohen, A. u.a. (Hrsg.), *Money, Financial Institutions and Macroeconomics*, Boston u.a., S. 109-123.
- Smith, A., 1786: *Eine Untersuchung über Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes*, 4. Aufl., Buch I. Neuausgabe Bd. 1, Jena 1923.



Sombart, W., 1929: Die drei Nationalökonomien, München / Leipzig 1950.

Spahn, H.-P., 2001: From Gold to Euro – On Monetary Theory and the History of Currency Systems, Berlin / Heidelberg.

Steuart, J., 1770: Untersuchung über die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, Jena 1913.